

## **Ehrenamtliche Bürgerbeteiligung zur Stärkung der inneren Sicherheit und die Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt**

*Die Projektgruppe K K 18/08 hat sich im Rahmen des praxisbezogenen Projekts mit der Thematik „Ehrenamtliche Bürgerbeteiligung zur Stärkung der inneren Sicherheit und die Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt“ für Nordrhein-Westfalen (Fokus auf der Stadt Köln) befasst.*

Der Mangel an fachlichen und räumlichen Kapazitäten für den hohen Bedarf an Neueinstellungen macht der Polizei und den Kommunen zu schaffen. Aufgrund der Nachwuchskräfteproblematik und den daraus resultierenden Personalengpässen stellte sich die Projektgruppe die Frage, ob Bürgerinnen und Bürger die Stadt Köln und die Polizei Köln ehrenamtlich im Rahmen eines freiwilligen Polizeidienstes bei kleineren Aufgaben mit geringer Einschreitwelle unterstützen können.

Bundesländer wie Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Bayern (hier übrigens „Sicherheitswacht“ genannt) haben bereits Konzepte für einen freiwilligen Polizeidienst, welche in jedem Bundesland erfolgreich umgesetzt werden.

Die Projektgruppe stellte sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein solches Modell auch in Köln funktionieren könnte. Zunächst wurden die Bundesländer, die bereits Rechtsgrundlagen und aktive Konzepte für einen freiwilligen Polizeidienst haben, um Unterstützung gebeten. Dank der ausführlichen Informationen konnten Rechtsgrundlagen verglichen und grundlegende Voraussetzungen übernommen werden.

Ein Teil der Projektgruppe hat sich mit der IST-Situation in Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt. Bisher wurde nur selten über einen freiwilligen Polizeidienst debattiert und wenn, dann wurde dieser Vorschlag in NRW rigoros abgelehnt. Man habe einen zu hohen Qualitätsstandard erreicht – nicht allein durch die Abschaffung des mittleren Dienstes bei der Polizei und das nun dreijährige Studium, das angehende Polizistinnen und Polizisten durchlaufen müssen, sondern auch aufgrund zahlreicher Kooperationen und Ordnungspartnerschaften, die städtische Ordnungsämter mit der Polizei schließen. Doch auch hier fehle es an Personal. Zudem werde das Aufgabengebiet für Polizei und Kommunen stets umfangreicher. Daher wurden die bestehenden Ordnungspartnerschaften des Ordnungsdienstes der Stadt Köln und der Polizei Köln untersucht. Köln ist zwar gut aufgestellt, aber es gibt auch Verbesserungsbedarf, insbesondere fehlt es an Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeitern im Ordnungsdienst. Ferner wurden Polizeikommissarinnen und -kommissare zur Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes befragt, die sich wenig begeistert gezeigt haben. Man könne sich nicht vorstellen, dass „Hilfspolizistinnen und -polizisten“ die Polizei unterstützen können. Eine Polizistin/ein Polizist müsse zu jeder Zeit auf alles vorbereitet sein und eingreifen können. Das Ansehen und die Qualität der Polizei würden unter einem freiwilligen Polizeidienst leiden.

Für die Personalgewinnung und -auswahl ist das Personalmarketing zuständig. Auf unterschiedlichen Beschaffungswegen sollen potenzielle Bewerberinnen und Bewerber gewonnen werden. Für die Personalsuche ist es wichtig, die benötigten Kompetenzen sowie persönliche und fachliche Voraussetzungen im Rahmen eines Anforderungsprofils zu erfassen. Interessierte könnten sich anhand einer Stellenbeschreibung auf der Homepage der Polizei NRW und des Ordnungsdienstes über das Ehrenamt informieren und über einen Online-Link bewerben. Anschließend sollten ein Einstellungstest sowie ein Auswahl-

gespräch stattfinden. Bei bestandenem Einstellungstest empfiehlt sich die Aushändigung einer Bestel- lungsurkunde. Es sollte eine 50-stündige Ausbildung innerhalb von acht Wochen durch die Polizei durch- geführt werden, in welcher die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in den Ausbildungsbereichen materi- elles Recht, Eingriffsrecht und Dienstkunde die entsprechenden Fähigkeiten und Befugnisse erlangen können. Die Ausbildung sollte durch eine Prüfung, bestehend aus einem schriftlichen Teil und einem Prüfungsgespräch, abgeschlossen werden. Fortbildungen gewährleisten die ständige Sicherheit und die Motivation der Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler. Der Personaleinsatz könnte im Rahmen eines öffent- lich-rechtlichen Dienstverhältnisses erfolgen. Der ehrenamtliche Polizeidienst sollte seinen monatlichen Einsatz eigenständig eintragen, nachdem der erforderliche Bedarf von den jeweiligen Dienststellen fest- gesetzt wurde. Er sollte verstärkt an öffentlichen Plätzen und Großveranstaltungen mit einer angemess- enen Ausstattung und Uniform Präsenz zeigen. Die Anweisungen der örtlichen Polizei sollten während des Einsatzes befolgt werden.

Im weiteren Verlauf der Projektarbeit befassten sich die Studierenden mit den Auswirkungen einer frei- willigen Polizei auf den Gemeindehaushalt der Stadt Köln. Dafür hat die Projektgruppe zunächst die be- stehenden Personalengpässe des Ordnungsdienstes der Stadt Köln analysiert. Bei der Untersuchung der Finanzierung des freiwilligen Polizeidienstes in den Bundesländern, die bereits über ein solches Konzept verfügen, kam das Team zu dem Ergebnis, dass die Finanzierung von den jeweiligen Ländern übernom- men wird. Es wäre daher erforderlich, dass die Finanzierung des freiwilligen Polizeidienstes in NRW eben- falls zentral über das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt. Die Finanzierung müsste dabei bestenfalls in das zu erstellende Landesgesetz implementiert werden. So würde für die Stadt Köln kein oder nur ein gerin- ger finanzieller Aufwand entstehen.

Um Erfahrungen aus anderen Bundesländern zu sammeln, die bereits den freiwilligen Polizeidienst ein- geführt haben, hat sich die Projektgruppe dazu entschieden, Umfragen zu erstellen und diese an die ein- zelnen Bundesländer zu schicken. Leider haben nur insgesamt sieben Personen aus Hessen, Brande- nburg und Bayern an der Umfrage teilgenommen. Die Umfrage ist somit nicht repräsentativ, sondern dient lediglich dazu, Erfahrungen und persönliche Meinungen zu sammeln. Die meisten Befragten würden die Einführung des freiwilligen Polizeidienstes auch im NRW empfehlen.

Um mehr über die Sichtweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeidienstes und des Ord- nungsdienstes in NRW zu erfahren, hat die Projektgruppe auch eine Umfrage für Nordrhein-Westfalen erstellt. An dieser Umfrage haben sich 55 Personen beteiligt. Die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer wollten wissen, wie sie zu einer Einführung des freiwilligen Polizeidienstes in NRW stehen. Bis auf verein- zelte Ausnahmen sind alle Befragten gegen eine Einführung, da sie unter anderem erhebliche rechtliche Probleme in der Umsetzung sehen.

### Ergebnis:

Aus Sicht der Befragten und basierend auf den Erkenntnissen der Projektgruppe, kann als Ergebnis fest- gehalten werden, dass vielmehr das Personal von Ordnungsdienst und Polizei aufgestockt werden sollte, als dass auf eine ehrenamtliche Bürgerbeteiligung „zurückgegriffen“ wird. Für die Einführung eines frei- willigen Polizeidienstes fehlen unter anderem entsprechende Rechtsgrundlagen des Landes NRW, Rege- lungen zu Finanzierungs- und Ausbildungskonzepten sowie eine flächendeckende Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Auch die gestiegene Gewalt gegenüber den Einsatzkräften von Polizei und

Rettungsdiensten in Deutschland gibt Anlass dazu, das Modell (bezüglich der Fürsorgepflicht gegenüber den Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern) zu überdenken.

Infolgedessen würde sich die Einführung eines ehrenamtlichen freiwilligen Polizeidienstes in NRW aufgrund der gesammelten Erfahrungen der Projektgruppe als schwierig erweisen.

Um das subjektive Sicherheitsempfinden in und um Köln für die Bürgerinnen und Bürger zu stärken, schlägt die Projektgruppe vor, das Personal des Ordnungsdienstes und der Polizei weiter aufzustocken sowie das Image der Berufsfelder zu verbessern, um diese attraktiver und bürgernah zu gestalten. Zudem sind die Studierenden der Ansicht, dass die im Rahmen der Projektarbeit vorgestellten Kooperationen zwischen der Stadt Köln und der Polizei weiter ausgebaut werden sollten, da hier bereits fachlich geeignetes Personal und entsprechende Rechtsgrundlagen vorhanden sind.

Christian Patrick Brockhaus

Dozent an der Abteilung Köln und Projektleiter